

Legislaturbilanz 2011 FDP.Die Liberalen

1. Ausgangslage

Während der aktuellen Legislatur hat sich das Lager der bürgerlichen Mitte aufgespalten. Dies erschwert die Zusammenarbeit innerhalb der bürgerlichen Parteien erheblich. So wollen sich die neuen Player mit allen Mitteln von den etablierten Parteien abgrenzen, auch wenn sie damit teilweise nach links abdriften. Ausdruck dieser erschwerten Zusammenarbeit ist, dass es im Jahr 2012 keine gemeinsame Gemeinderatsliste geben wird.

Trotz der immer noch andauernden Dominanz der links-grünen Parteien und der Aufspaltung des bürgerlichen Lagers konnte die FDP.Die Liberalen während der letzten drei Jahre einige Erfolge verbuchen. Sie werden nachfolgend beschrieben:

2. Rückblick

2.1. Wirtschafts- und Energiepolitik

Mit der Ablehnung der Initiative „Für einen Autofreien Bahnhofplatz“ gelang der FDP.Die Liberalen im Jahr 2009 ein wichtiger wirtschaftspolitischer Erfolg. Die verlockend klingende Initiative hätte für die Innenstadt schwerwiegende Konsequenzen gehabt. Weiter gelang es uns im Sommer 2011 erstmals seit Jahren, dem Parlament Steuersenkungen schmackhaft zu machen. Der Stadtrat überwies einen Auftrag an den Gemeinderat, eine Entlastung der Steuerzahlenden zu prüfen. Zudem konnten wir im Jahr 2011 mit der Wiederbelebung des stadträtlichen Wirtschaftsausschusses den Grundstein für konstruktive Diskussionen rund um das Thema Wirtschaft legen (vgl. auch Ausblick).

Mit der städtischen Energiepolitik können wir nur teilweise zufrieden sein. Zwar wurde die ideologisch geprägte Initiative „Energiewende Bern“ abgelehnt, hingegen der gemeinderätliche Gegenvorschlag angenommen. Damit darf ewb in rund 30 Jahren keinen Strom aus Kernkraftwerken mehr verkaufen. Statt die ideologisch aufgeladene Diskussion pro/contra Kernkraftwerke weiter zu zelebrieren, scheint uns der Blick vorwärts wichtiger. Die rot-grünen Parteien sind nun beim Wort zu nehmen – die alternative Energieproduktion ist nun zu bezahlbaren Preisen zu forcieren (vgl. Ausblick).

Fazit: Die Diskussion um Wirtschafts- und Energiethemen ist weg von ideologischer Schaumschlägerei hin zu einem konstruktiven Dialog zu bewegen. Die Freisinnigen konnten dazu erste Grundsteine legen.

2.2. Gesellschaftspolitik

Der grosse Coup in der Gesellschaftspolitik gelang uns am 15. Mai 2011: Die kaum realisierbare, aber äusserst verfängliche SP-Initiative „Für Kindertagesstätten (KITAs) ohne Wartelisten“ wurde von der Bevölkerung abgeschmettert. Dafür wurde unser parteiübergreifender Gegenvorschlag angenommen. Demnach dürfen Eltern künftig ihre KITA frei wählen, die bisherigen Wartelisten werden verschwinden.

Auch im Bereich der Sozialhilfe konnten wir Erfolge verbuchen. Dank massivem Druck der Freisinnigen und der Öffentlichkeit sollten Missbräuche künftig konsequenter bekämpft werden. Damit erhalten nur noch tatsächlich bedürftige Menschen Unterstützung von der Stadt. Weiter konnte dank Intervention des Freisinns die Schaffung einer zweiten Drogenanlaufstelle verhindert und der bisherige Standort mittels betrieblichen Massnahmen aufgewertet werden.

Die Revision der Volksschule und insbesondere die Vereinheitlichung der Schulmodelle sind uns hingegen noch nicht geglückt. Ein von uns wesentlich mitgeprägter Gegenentwurf wurde von der Bevölkerung im November 2010 klar verworfen. Aber immerhin: Dank unserem unermüdlichen Einsatz im Parlament und im Abstimmungskampf werden nun die Schulkommissionen neu organisiert.

Fazit: In der Gesellschaftspolitik befinden wir uns erst auf halbem Weg. In den nächsten Jahren gilt es die KITA-Vorlage konsequent umzusetzen, die Reformen in der Sozialhilfe kritisch zu begleiten und die Volksschulen weiter für die Zukunft zu rüsten.

2.3. Sicherheitspolitik

In der Sicherheitspolitik konnte die FDP. Die Liberalen während der letzten Jahre klare Akzente setzen. Die öffentliche Sicherheit sowie der entschiedene Kampf gegen Gewalttaten sind zu einem wichtigen Thema in Bern geworden.

So zwangen wir mit der Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ im Jahr 2010 den rot-grünen Gemeinderat zu einer längst überfälligen Aufstockung des Polizeipersonals. Weiter durften wir mit der Initiative „Keine gewalttätigen Demonstranten“ und einem Ja-Anteil von 49 % einen Achtungserfolg feiern. Ende 2010 gelang es uns schliesslich, mit viel Aufwand und gegen den Willen der rot-grünen Mehrheit ein griffiges Videoreglement zu etablieren.

Im Jahr 2011 holte das Thema Sicherheit und Gewaltbekämpfung auch die Reitschule ein. Im März 2011 wurde der Leistungsvertrag mit den Betreibern der Reitschule im Stadtrat zurückgewiesen, im November 2011 schliesslich nur für ein Jahr verlängert. Ohne die klare aber stets differenzierte Haltung des Freisinns „Kultur ja, Gewalt nein“ wäre dies kaum möglich gewesen.

Fazit: Die rot-grünen Parteien können mittlerweile das Thema Sicherheit nicht mehr ignorieren. Dies dank einem jahrelangen Einsatz des Freisinns.

3. Ausblick

Die Freisinnigen wollen sich in den kommenden Jahren insbesondere in drei Themenbereichen engagieren:

- Stärkung Standort Bern: Der breite politische Konsens für eine Stärkung von alternativen Energien soll genutzt werden. Bern soll in 10 Jahren sowohl als Herz der Hauptstadtregion Schweiz als auch als Clean-Tech Stadt bekannt sein. Weiter soll Bern als UNESCO-Welterbe gestärkt werden. Dies ist mit einer Aufwertung der Altstadt (Initiative „Fussgängerzone statt Tramwand“), einer städtebaulich vertretbaren und nachhaltigen Lösung des Hochwasserschutzes an der Aare (sog. Dritter Weg), der Erhaltung wichtiger Freizeittätten (Stadttheater, KaWeDe und Mubeeri) sowie gezieltem Wohnungsbau (Kombination von alt und neu) zu erreichen.
- Chancen für alle: Eine liberale Gesellschaft bietet sowohl jungen als auch älteren Menschen Perspektiven. Mit einem ausgezeichneten Bildungsangebot, interessanten Arbeitsplätzen sowie einem ausgebauten Sport- und Kulturangebot soll Bern für alle Menschen in Bern etwas bieten können.
- Mobilität fördern: Mit gezielten Ausbauprojekten für den Bahnhof und den öffentlichen Verkehr, aber auch der raschen Erstellung von zusätzlichen Autobahn-Stadt tangenten in Kombination mit einem leistungsfähigen Basisnetz soll der städtischen Bevölkerung und Wirtschaft die nötige Mobilität ermöglicht werden. Sämtliche Vorhaben sind dabei punkto Kosten-Nutzen-Verhältnis kritisch zu prüfen. Weiter ist darauf zu achten, dass der Privatverkehr (Fuss, Velo und Auto) nicht weiter eingeschränkt und schikaniert wird sowie die Altstadt (Tramwand) und die dstadtberni-schen Steuerzahlenden nicht über Gebühr belastet werden.

Bernhard Eicher
079 561 83 07
Fraktionspräsident

Pascal Rub
078 608 09 14
Vizepräsident Fraktion

Anhang 1: Wichtigste Volksabstimmungen 2009 – 2011

Datum	Thema	Ja	Nein
27.09.2009	Initiative „Für einen autofreien Bahnhofplatz“	49 %	51 %
07.03.2010	Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ - Gegenvorschlag	43 % 54 %	57 % 46 %
13.06.2010	Initiative „Keine gewalttätigen Demonstranten“	49 %	51 %
28.11.2010	Initiative „Energiewende Bern“ - Gegenvorschlag	49 % 61 %	51 % 39 %
15.05.2011	Initiative „Für Kindertagesstätten ohne Wartelisten“ - Gegenvorschlag	46 % 52 %	54 % 48 %